

Henning Rehbaum (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Politische Anträge und die Debatte über das große Thema Zuwanderung sind hoch sensibel, und unser Wertekompass rät uns zu einem besonnenen Umgang auch mit diesem Antrag.

In dem vorliegenden Antrag fordern die Piraten die vollständige Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Bürger. Die Freizügigkeit ist eine der tragenden Säulen der Europäischen Union. Die Möglichkeit, sich ungehindert innerhalb von derzeit 27 Mitgliedstaaten der EU zu bewegen, Arbeit anzunehmen und sich niederzulassen, ist ein wichtiger Beitrag zur Konkretisierung des europäischen Gedankens. Sie hilft den Mitgliedstaaten außerdem beim Ausgleich von angespannten Arbeitsmärkten, also bei einem Zuviel oder einem Zuwenig an Arbeitskräften vor Ort. Durch die Freizügigkeit innerhalb der EU können die nationalen Arbeitsmärkte also atmen. Und der einzelne Arbeitssuchende hat bessere Aussichten bei seinem Ziel, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Für die Unternehmen erweitern sich die Möglichkeiten, vakante Stellen zu besetzen und die Wertschöpfung vor Ort zu sichern. Die gemeinsam in der EU gewollte Freizügigkeit setzte Deutschland mit dem Freizügigkeitsgesetz in nationales Recht um. Die Möglichkeit der EU, Freizügigkeit übergangsweise für bis zu sieben Jahren für einzelne Länder einzugrenzen, hat Deutschland wahrgenommen. Seit dem 1. Januar 2014 gilt bei uns für die Bürger von 27 EU-Mitgliedstaaten die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit, also das Recht auf Einreise und Aufenthalt mit dem Zweck, eine Arbeitsstelle, Ausbildungsstelle zu suchen oder ein Studium anzutreten. Und das ist gut so! Das ist auch sinnvoll, leicht verständlich und eine faire Bedingung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder. Damit Deutschland ein attraktives Zuwanderungsland wird und bleibt, brauchen wir eine neue Willkommenskultur. Richtig! Ständig wiederholte Lippenbekenntnisse, Stuhlkreise oder abstrakte Anträge wie der uns vorliegende helfen uns dabei allerdings nicht weiter.

Was wir brauchen, sind konkrete Maßnahmen in unseren Rathäusern und Kreishäusern für eine authentische Empfangskultur für unsere Zuwanderer. Eine solche Willkommenskultur sollte drei wesentliche Aufgaben erfüllen: erstens die Demonstration ehrlicher Gastfreundschaft gegenüber den Einwanderern, zweitens die aktive Unterstützung und Orientierungshilfe für die Menschen in ihrem neuen Lebensumfeld, den allgemeingültigen Ordnungsrahmen und der neuen Sprache und drittens die Begeisterung der Zuwanderer für ihre neue Heimat, die Kultur und die Fülle an Chancen für Menschen, die etwas aus ihrem Leben machen wollen. Zum Schluss ein ergänzender Aspekt zur Willkommenskultur – es ist bereits angeschnitten worden. –: Wer ein Einwanderungsland sein will, der muss seine Hausaufgaben machen.

Wer Fachkräfte aus anderen EU-Staaten positiv auf sich aufmerksam machen will, der muss zeigen, dass er die hohe Kunst der Integration auch wirklich beherrscht. Problemhäuser mit katastrophalen humanitären Zuständen durch Lücken im Mietrecht oder mangelnde Wohnungsaufsicht, praktisch rechtsfreie Ghettos und Stadtviertel, florierende Prostitution oder der Arbeiterstrich sind Beispiele für nicht funktionierende Integration von Zuwanderern und schrecken aufmerksame Fachkräfte im Ausland eher ab, in unser Land zu kommen.

Auch die einheimische Bevölkerung muss als aufnehmende Gesellschaft beim Prozess der Zuwanderung begleitet und ernst genommen werden. Wenn die Nachbarn der aktuell diskutierten Problemhäuser die steinzeitlichen hygienischen Zustände und steigende Kriminalität in ihrem Viertel beklagen, brauchen sie keine Belehrungen, sondern Begleitung und konkrete Hilfe. Wir müssen gemeinsam in Bund, Land und Kommunen funktionierende Mittel finden, damit Einwanderer und Einheimische zu echten Fans der Zuwanderung werden. – Vielen Dank.